



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Landeseigenes Unterstützungspaket für die bayerische Wirtschaft auf den Weg bringen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Auswirkungen des Krieges auf bayerische Unternehmen unverzüglich mit einem landeseigenen Unterstützungspaket abzufedern. Mit dem Unterstützungspaket sollen die Maßnahmen der Bundesregierung für jene Wirtschaftsbereiche ergänzt werden, die für die einzelnen Regionen in Bayern und somit für Wohlstand und Beschäftigung in ganz Bayern von besonderer Bedeutung sind.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- zusammen mit den Bezirksregierungen Krisengipfel der Regionen einzuberufen und die Umsetzung zielgerichteter Hilfsmaßnahmen voranzutreiben sowie hierfür entsprechende Regionalbudgets bereitzustellen.
- zusätzliche Hilfsprogramme für energieintensive Industrie mit hoher Konzentration in Bayern (u. a. Glas- und Keramikindustrie; Chemieindustrie) zu prüfen sowie deren finanzielle und beihilferechtliche Umsetzung sicherzustellen.
- ein Härtefallprogramm einzusetzen, mit dem auch Unternehmen mit einem Energiekostenanteil von unter 3 Prozent vom Jahresumsatz in Ausnahmefällen unterstützt werden können.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, unverzüglich ihren vollständigen landespolitischen Gestaltungsspielraum zur Beschleunigung der Energiesouveränität zu nutzen und sich dabei auf jene Bereiche zu konzentrieren, die das höchste Ausbaupotenzial in Bayern besitzen (Windkraft, Photovoltaik, Geothermie).

Begründung:

Die Auswirkungen des Angriffskrieges Putins gegen die Ukraine stellen für weite Teile der deutschen und bayerischen Wirtschaft eine erhebliche Belastung dar. Dies betrifft die Auswirkungen von Sanktionen ebenso wie die stark gestiegenen Energiepreise. Die Bundesregierung hat daher im April ein Maßnahmenpaket für die vom Krieg betroffenen Unternehmen auf den Weg gebracht, das sich derzeit in der Umsetzung befindet. Dieses umfasst u.a. ein KfW-Sonderprogramm, die Ausweitung von Bund-Länder-Bürgschaften, aber auch ein Zuschussprogramm für energieintensive Unternehmen.

Die Regierungskoalition in Bayern konzentriert sich in ihrem „Krisenmanagement“ maßgeblich darauf, Forderungen an den Bund zu stellen. Weder den Menschen noch den

Unternehmen in Bayern ist geholfen, wenn die Staatsregierung ihren Handlungsspielraum nicht nutzt. Es gibt zahlreiche Maßnahmen, die auf Landesebene umgesetzt werden können. Die SPD-Fraktion im Landtag hat dies in ihrem Antrag für ein Bayerisches Entlastungspaket 2022 für die Menschen im Freistaat dargelegt (Drs. 18/23021). Auch zur Unterstützung der Unternehmen kann und muss der Freistaat Verantwortung übernehmen, indem er die Bemühungen des Bundes mit eigenen Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft flankiert.